

## Niederschrift

### zur 27. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 24.11.2011	18:00- 19:37 Uhr	Hotel Kaiserhof Raum "Berlin"

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Elke Wagner,

##### Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler, Martin Gollmer, Anne Müller, Käthe Radom, Gerold Sachse,

##### CDU-Fraktion

Wolfgang Petenati, Jürgen Teichmann bis 19:40 Uhr,

##### SPD-Fraktion

Helga Bluschke, Klaus Runge,

##### FDP-Fraktion

Eberhard Henkel, Petra Schumann,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz zum TOP 4.3 erschienen und bis 19:40 Uhr anwesend,

##### Sachkundige BürgerInnen

Sebastian Bernhardt, Ines Jeske, Jörg Knauth, Jürgen Lüder,

**Verwaltung:** Fachbereichsleiter Bürgerdienste Herr Dr. Wetter, Fachgruppenleiter Öffentliche Ordnung und Gewerbe Herr Malcher, Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung

**Gäste:** Herr Ringler vom Verein Jugendhilfe und Sozialarbeit e.V., Frau Decker und Herr Dausel von der Mobilen Jugendarbeit Fürstenwalde Caritasverband f.d.Eb. Berlin e.V., Frau Jennings von der MOZ

#### TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet um 18.00 Uhr die 27. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen.

## **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Die Einladung ist allen Abgeordneten des Ausschusses zugegangen. Es sind 12 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

## **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Hingegen der Absprache wurde seitens des Hotels „Kaiserhof“ der Tagungsraum „Berlin“ zur Verfügung gestellt.

Die Vorsitzende bittet aus organisatorischen Gründen den TOP 6.2 mit dem TOP 6.1 und den TOP 6.3 mit dem TOP 6.2 auszutauschen. Die Friedhofsgebührensatzung der Stadt/ Fürstenwalde wird unter dem TOP 6.3 behandelt.

Weitere Änderungswünsche, Ergänzungen und Bemerkungen werden nicht angetragen. Die Abgeordneten stimmen über die geänderte TO ab.

**Zustimmung mit Änderung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **TOP 4 Bestätigung der Niederschriften**

### **TOP 4.1 Bestätigung der Niederschrift der 24.Sitzung vom 29.09.2011**

Der Abgeordnete Petenati bittet den TOP 6.2, Seite 4, „Nach einer kritischen Diskussion...“, detaillierter auszuführen und Argumente sowie Gegenreden zum Inhalt zu protokollieren.

Auf Hinweis der Vorsitzenden, dass die Niederschriften der Sitzungen nicht als Wort- sondern als Ergebnisprotokoll geführt werden, stimmen die Mitglieder ab, ob die gewünschte Änderung des TOP 6.2 der vorliegenden Niederschrift vom 29.09.2011 vorgenommen werden soll.

**Zustimmung Ja 7 Nein 2 Enthaltungen 3 Befangen 0**

Weiteren Anmerkungen gibt es nicht. Die Niederschrift wird mit der Änderung bestätigt.

(Der geänderte TOP 6.2 wird in der nächsten Sitzung als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.)

**Zustimmung mit Änderung Ja 7 Nein 2 Enthaltung 3 Befangen 0**

### **TOP 4.2 Bestätigung der Niederschrift der 25. Sitzung vom 13.10.2011**

Frau Radom bemängelt, dass ihrem Wunsch, die in der Sitzung ergänzte Tischvorlage zu den Förderungen 2012 in der Wohlfahrtspflege, nicht Bestandteil der Niederschrift ist.

(Die Tischvorlage wird dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.)

Des Weiteren stellten die Mitglieder des Ausschusses fest, dass die in den anderen Niederschriften angeführten Anlagen ebenfalls fehlen. Die Protokollantin entschuldigt sich im Namen der Verwaltung und wird dem anscheinend technischen Problem nachgehen. Die Vorsitzende ergänzt, dass es auch nicht möglich war, den nicht öffentlichen Teil der Niederschrift vom 29.09.2011 dem Abgeordneteninformationssystem zu entnehmen.

Frau Wagner bittet unter der Voraussetzung, dass die Anlagen nachgereicht werden, um Bestätigung der Niederschrift vom 13.10.2011.

**Zustimmung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0**

#### **TOP 4.3 Bestätigung der Niederschrift der 26. Sitzung vom 27.10.2011**

Frau Fiedler bittet den Formfehler im TOP 8 wie folgt zu berichtigen: „Frau Wagner dankt für die Aufmerksamkeit und beendet die Sitzung.“

Herr Petenati bemängelt am TOP 5.4, dass der formulierte Antrag der Fraktion Die Linke formell als „Tischvorlage“ bezeichnet wird. Der Antrag hätte auf die TO gebracht und mit der Einladung zur 26. Sitzung fristgerecht versandt werden können. Der Abgeordnete beanstandet die Verfahrensweise der Abstimmung über den zu Beginn der Sitzung vorgelegten Antrag der Fraktion Die Linke und erklärt sich auch im Namen der CDU-Fraktion formell und inhaltlich nicht einverstanden.

Die Abgeordnete Fiedler äußert sich über die inhaltliche Kritik zum Antrag im Nachhinein verwundert, worauf Herr Sachse vorschlägt, eine erneute Diskussion außerhalb des TOP 4.3 aufzumachen. Frau Schumann schließt sich den kritischen Bemerkungen von Herrn Petenati an und macht darauf aufmerksam, dass sie als stellvertretende Vorsitzende in der Sitzung vom 29.09.2011, zum TOP 6.2, die Fraktionen auf die Möglichkeit der Antragstellung hingewiesen hat und bis zum 27.10.2011 genügend Zeit war.

Herr Sachse weist darauf hin, dass die Kommunalverfassung Brandenburg keine rechtlichen Regelungen zur Antragsfrist in den Gremien vorschreibt.

Zusammenfassend stellt Frau Wagner fest, dass seit 18 Monaten die Ausschreibung der Obdachlosenunterkunft thematisiert, im Ausschuss am 29.09.2011 noch einmal hinreichend diskutiert wurde und dazu nur das abschließende Votum fehlte. Die Vorsitzende teilt mit, dass der hier diskutierte Schriftsatz seit einiger Zeit bei ihr vorlag und sie die Dringlichkeit der Weiterleitung an die Abgeordneten für die Beschlussfassung in der darauffolgenden Sitzung nicht erforderlich fand.

Frau Fiedler schlägt abschließend vor, den Begriff „Tischvorlage“ aus dem TOP 5.4 der Niederschrift vom 27.10.2011 zu streichen und durch „schriftlich...“ zu ersetzen.

Die Vorsitzende bittet über die vorgeschlagene Änderung abzustimmen.

**Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0**

(Die Abstimmung enthält eine Stimme mehr, da Herr Apitz erst ab dem TOP 4.3 an der Sitzung teilnimmt.)

**Zustimmung mit Änderung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0**

#### **TOP 5 Informationen der Vorsitzenden**

Es liegen keine Informationen der Vorsitzenden im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

#### **TOP 6 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung**

##### **TOP 6.1 Bericht über Jugendbeteiligung in Fürstenwalde (Herr Ringler)**

Herr Ringler, Mitarbeiter im Verein Jugendhilfe und Sozialarbeit, erläutert zusammenfassend, inwieweit der Beschluss zur Kinder- und Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene bisher umgesetzt werden konnte.

Durch die Verteilung von Flyern und Aushängen in den öffentlichen Einrichtungen für die Jugendlichen unserer Stadt, wurde auf die Thematik, die Beteiligung Jugendlicher an gesellschaftlichen und kommunalen Entscheidungen, aufmerksam gemacht. Interessierte Kinder und Jugendliche hatte die Möglichkeit, am 08.09.2011 an einer Informationsveranstaltung im Club am Park teilzunehmen, zu der ca. 40 erschienen sind.

11 Kinder und Jugendliche haben an einem zweitägigen Workshop, der am 28. und 29.09.2011 in der Jugendbildungsstätte Hirschluch/ Storkow stattfand, teilgenommen. Es wurde diskutiert, welche ihre Themen sind und was ihnen in unserer Stadt gefällt und was nicht. Die Themen stammten beispielsweise aus den Bereichen Verkehr, Umwelt und Freizeitangebote. Ferner wurden auch die verschiedenen Beteiligungsformen thematisiert.

Erste Ergebnisse wurden mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und der Fachgruppe Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit (Arbeitsgruppe) am 18.10.2011 ausgewertet. In einem weiteren Schritt haben 6 der 11 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Beteiligungsworkshops die erarbeiteten Themen zum 1. Kinder und Jugendforum in der Kufa präsentiert. In moderierten Runden konnten Ideen mit der Arbeitsgruppe ausgetauscht und diskutiert werden. Gleichzeitig wurden die Akteure zur Umsetzung ermutigt.

Die Vertreter der Arbeitsgruppe werden die Handlungsempfehlungen zusammentragen, um konkrete Empfehlungen in die Ausschüsse zu bringen.

Ergänzend macht Frau Wagner darauf aufmerksam, dass eine konkrete Projektrealisierung nur dann möglich ist, wenn sich die Vertreter aus den Fraktionen im Rahmen der Stadtverordnetenversammlung über den Handlungsumfang einig sind, mit dem die Kinder und Jugendlichen an das politische Interessenfeld und an die politischen Entscheidungen der Stadt herangeführt werden können. Dies reicht von der Gestaltung des Informationsprozesses in Richtung Kinder und Jugendliche bis zum Einräumen von realen Entscheidungskompetenzen.

Die Vorsitzende bittet die Abgeordneten darüber in den Fraktionen zu beraten und je einen Verantwortlichen für die Umsetzung zu benennen.

Herr Sachse merkt zur Veranstaltung in der Kufa an, dass trotz der geringen Zahl der Kinder und Jugendlichen die Arbeit in den Arbeitsgruppen sehr intensiv abgelaufen ist und er es begrüßen würde, dass ein Teil der vorgeschlagenen Themen berücksichtigt werden könnte.

Zum Thema: Schulbusverkehr teilte Herr Ringler mit, dass bereits mit einigen Schulen Kontakt aufgenommen und diesbezüglich Unterstützung zugesichert wurde.

Frau Wagner hat dies auch im Sozialausschuss des Kreises thematisiert, worauf die Verantwortlichen bereits die Problematik aus den Medien aufgenommen haben und nach Lösungen suchen.

(Das Protokoll der Veranstaltung am 02.11.2011 in der Kufa wird als Anlage 2 beigefügt.)

## **TOP 6.2 Bericht "Mobile Jugendarbeit" (Herr Dausel)**

Die Mitarbeiterin Frau Decker und ihr Kollege Herr Dausel stellen ihre tägliche Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und junge Erwachsenen im öffentlichen Raum vor.

(Den Anwesenden wird ein Grobübersicht, was die Mobile Jugendarbeit/ Streetwork ist, zur Verfügung gestellt.)

Zunächst definiert Frau Decker die „Mobile Jugendarbeit“, die in Ergänzung neben der traditionellen Jugendarbeit einen aufsuchenden Ansatz innerhalb eines lebenswelt- und zielgruppenorientierten Jugendhilfekonzepts verfolgt. Die mobile Jugendarbeit setzt sich aus der Gemeinwesenarbeit (sozialraumorientierte Arbeit), die aufsuchende Arbeit (Streetwork), der Einzelfallhilfe und der Betreuung von Cliquen zusammen.

In den verschiedenen Sozialräumen, Nord, Mitte und Süd, werden die Jugendlichen an den von ihnen gewählten Treffpunkten oder beim Wahrnehmen von Freizeitangeboten aufgesucht, um Problemlagen, Bedürfnisse, Lebenswünsche zu thematisiert. Dabei ist die Integration der jungen Menschen mit ihren Familien ein großes Thema. Es werden Hilfeangebote, wie Beratungen, Vermittlungen und

Begleitungen sowie Freizeitangebote unterbreitet. Die Mitarbeiter der mobilen Jugendarbeit begleiten auch einzelne Projekte, wie das Sommerferiencamp, Erlebnispädagogik in den Herbstferien oder zum Skifahren.

Herr Dausel berichtet über seine Erfahrungen aus der Praxis und erläutert die Entwicklungstendenzen im Arbeitsfeld. Es bestehen keine festen Cliques mehr sondern eher wechselnde und mobile Personenkreise. Vermehrt ist auch zu beobachten, dass die Kinder und Jugendlichen ihre Freizeit im öffentlichen Raum gestalten.

Während des Vortrages werden Fragen der Abgeordneten zu den Themen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund sowie Neigung zum Rechtsextremismus, Grenzen der mobilen Jugendarbeit, Zielgruppen, Aufenthaltsorte, Einbeziehung der Elternhäuser, die Rolle der Gewalt und von Suchtmitteln u.a. abwechselnd von Frau Decker und Herr Dausel beantwortet.

Abschließend dankt die Vorsitzende für die umfangreichen Ausführungen.

### **TOP 6.3 Satzung der Stadt Fürstenwalde/ Spree über die Erhebung von Benutzung- und Bestattungsgebühren auf den Friedhöfen der Stadt Fürstenwalde/ Spree (Friedhofsgebührensatzung) 5/394**

Dr. Wetter stellt die überarbeitete Friedhofsgebührensatzung vor, die auf Grund gestiegener Tarife, Energiepreise, Entsorgungskosten und durch den Wandel der Bestattungsart überprüft und kostendeckend zu kalkulieren war.

Seit dem 18.09.2011 wurde eine neue Urnenwiese auf dem Neuen Friedhof ihrer Bestimmung übergeben. Sie stellt eine Mischform von anonymer und nichtanonymer Urnenbestattung dar. Eine Bestattung ist entweder ohne Benennung, oder durch Benennung der/ des Verstorbenen auf einer Steinplatte am Rande der Urnenwiese möglich.

Im Rahmen der Ermittlung der Nutzungsgebühren wurden von den anzusetzenden Kosten dreißig Prozent als so genannter Grünordnungsanteil abgezogen, da Friedhöfe nicht nur der Bestattung dienen, sondern auch als parkähnliche Anlagen von Besuchern genutzt werden.

Auf Anfragen der Abgeordneten teilt Herr Malcher mit, dass die Gegenüberstellung der alten und neuen Gebühren sowie die gesamte Kalkulation der Beratungsdrucksache 5/394 beigelegt ist.

Zur Nachfrage von Frau Radom erläutert Dr. Wetter nochmals die Möglichkeit der Anonymität oder Nichtanonymität auf der neuen Urnenwiese.

Zur Trennung der Gebühren für die Aushebung und Schließung der Gruft erläutert Herr Malcher, dass hier dem islamischen Glauben Rechnung getragen wird, da in der Vergangenheit oft die Schließung der Gruft durch die Männer erfolgte.

Im Rückblick auf die letzte Sitzung und der diskutierten Thematik: Friedhöfe im Zeitalter des demographischen Wandels, schlägt Frau Wagner der Verwaltung vor, kostengünstigere Alternativen anzubieten.

Auf Nachfrage zum Ergebnis der Begehung des Südhofes (am 22.03.2011) teilt Herr Malcher mit, dass für 2012 geplant ist, die Feierhalle nutzungsfähig herzurichten und somit Sanierungsmaßnahmen durchzuführen.

Im Ergebnis der Abstimmung des Ausschusses, kann die vorliegende Satzung der Stadtverordnetenversammlung empfohlen werden.

**Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **TOP 6.4 Sitzungsplan 2012**

Der Sitzungsplan steht nicht allen Abgeordneten zur Verfügung. Die Vorsitzende verzichtet daher auf die Abstimmung.

Herr Sachse weist darauf hin, dass der Stadtentwicklungsausschuss bereits über den Sitzungsplan entschieden hat und bittet dies zu berücksichtigen.

## **TOP 7 Informationen der Verwaltung**

Zum vorliegenden Antrag der Fraktion die Linke, Parksituation vor dem Ärztehaus Nord zügig verbessern, teilt Dr. Wetter mit, dass er hausinterne Absprachen getroffen hat, jedoch die Dauerparkproblematik (wegen Anliegerparkausweise) des anliegenden Pflegedienstes zunächst nicht zu lösen ist.

In einem ersten Schritt wird die Parkzeit vor dem Ärztehaus von 1 h auf 2 h erhöht. Dr. Wetter weist darauf hin, dass sich durch den Neubau der Parkplätze parallel zum Stadion, die Situation grundsätzlich entschärfen wird. Die Fertigstellung ist zum Herbst 2012 geplant.

Herr Politz erklärt als Aufsichtsratsvorsitzender der Medizinischen Einrichtungsgesellschaft (MEG), dass eine Kontrolle der Parkverstöße durch die Verwaltungsgesellschaft schon allein personell nicht machbar ist und die Beauftragung von Abschleppdiensten aus Kostengründen abgelehnt wird.

Zum Neubau der Parkplätze gibt Herr Runge zu Bedenken, dass die ehemalige Krankenhausfläche jetzt schon täglich tagsüber zugeparkt ist.

Der Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung informiert die Anwesenden, dass der Landkreis den Entwurf der Schulentwicklungsplanung zugesandt hat und dieser zunächst den Schulen zur Stellungnahme weitergeleitet wurde. Es gibt keine wesentlichen Änderungen im Inhalt bzw. keine Positionierung bezüglich der Entwicklung der Privatschulen und zu den Folgen der Inklusion.

Der Schulentwicklungsplan bedarf keines Votums, es ist jedoch eine Stellungnahme der Verwaltung (Bürgermeister) erforderlich.

(Die Schulentwicklungsplanung und die Stellungnahme der Verwaltung wird als Anlage 3 + 4 dem Protokoll beigelegt.)

## **TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

Auf Anfrage zur weiteren Existenz des KiezKom, beurteilt Dr. Wetter die Einrichtung als lobens- und erhaltenswert und informiert, dass in vielen Gesprächsrunden bereits seit längerer Zeit intensiv nach Lösungen gesucht wird.

Ergänzend fügt Herr Politz hinzu, dass im Ergebnis der Gespräche mit der AWO und dem Demokratischen Frauenbund festgestellt wurde, dass die Zielgruppe und teilweise die Nutzer im MGH und im KiezKom identisch sind und es machbar wäre, die Angebote des KiezKom in das MGH zu überführen. Erweiterungsmöglichkeiten der bestehenden Räumlichkeiten sind gefunden worden. Die personelle Besetzung ist auf das Ehrenamt ausgerichtet und bleibt wie bisher bestehen.

Der Abgeordnete Henkel möchte wissen, warum an der ehemaligen Bolle-Kaufhalle ein Zaun errichtet worden ist, worauf Herr Dr. Wetter auf die Aussagen im kommenden Hauptausschuss verweist.

Herr Petenati hatte bereits schon einmal darum gebeten, eine der nächsten Ausschusssitzungen in dem Bootshaus bei den Ruderern stattfinden zu lassen und hat dies heute als Antrag formuliert. Der Wunsch besteht auch seitens der BSG Pneumant, vom Ruderclub und den Drachenbootmannschaften, die gern über den aktuellen Stand der Entwicklungen des Wasserwanderstützpunktes infor-

miert werden möchten.

Die Vorsitzende macht daraufhin aufmerksam, dass die Tagungsorte für den Sozialausschuss bereits bis Frühjahr 2012 terminiert sind.

Des Weiteren bittet der Abgeordnete die Preiserhöhung der Sportbadnutzung für die ansässigen Wassersportvereine im Ausschuss zu thematisieren. Herr Dr. Wetter erklärt, dass die ursprüngliche E-Mail vom 11.11.2011 zu diesem Thema, aus krankheitsbedingten Gründen von Frau Koch aus dem Stadtverordnetenbüro, erst am 23.11.2011 weitergeleitet werden konnte. Der Bürgermeister wird im Hauptausschuss am 07.12.2011 dazu Stellung nehmen.

Die Vorsitzende schlägt vor, die Gebührenerhöhung für die Nutzung des Schwapp auf die TO der nächsten Sitzung, am 19.01.2012, zu nehmen. Die Mitglieder des Ausschusses erklären sich einverstanden, dann Frau Müller und Herrn Hellmann einzuladen.

Zur Anfrage von Herrn Sachse bezüglich der MAE-Stellen teilt Herr Politz mit, dass die Kommune keine weiteren Kräfte einstellt. Die Bundesmittel sind gekürzt worden und das hat Auswirkungen auf die Arbeitsfördermaßnahmen.

Lobend erwähnt Frau Fiedler die Einsatzkräfte vor den Schulen zum Unterrichtsbeginn und -ende, worauf Herr Malcher informiert, dass diese Maßnahmen über das TSZ für ein Jahr befristet sind und die Qualität der Maßnahme mit den Teilnehmern steigt oder fällt.

## **TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 19.37 Uhr beendet.

Die Vorsitzende bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 7 Seiten und es sind 4 Anlagen beigefügt.

Elke Wagner

Elke Stein

---

Vorsitzende

Schriftführerin